

Ordoliberalismus an einem Punkt durchsetzen. Daß die EU heute über eine institutionell verankerte Wettbewerbspolitik verfügt, ist auch das Verdienst der Freiburger Schule. Die Forschungen von Franz Böhm und Hans Großmann-Doerth über die rechtliche Ausgestaltung der Wettbewerbsordnung aus den dreißiger Jahren sind die Grundlage für jene Entscheidungen des EU-Wettbewerbskommissars, die sich mit der Stellung von marktbeherrschenden Unternehmen, dem unlauteren Wettbewerb oder den Notwendigkeiten einer Fusionskontrolle beschäftigen.

## Fundstück

MARC BUGGELN

Europa-Bank oder Dollar-Freihandel?  
Westdeutsche Auseinandersetzungen über eine Europäische  
Währungsunion zu Beginn der fünfziger Jahre

Am 19. September 1950 unterzeichneten mehrere west- und nordeuropäische Regierungen einen Vertrag, in dem sie die Schaffung einer Europäischen Zahlungsunion (EZU) vereinbarten. Die junge Bundesrepublik Deutschland gehörte zu ihren Gründungsmitgliedern. Während die Entstehung der EZU und deren Vorteile für den wirtschaftlichen Aufstieg der BRD zumindest partiell untersucht sind,<sup>1</sup> ist die Haltung der westdeutschen Eliten aus Politik und Wirtschaft zur EZU und zu möglichen weiteren Währungsentwicklungen bisher vernachlässigt worden. Christoph Buchheim hält die Nichtberücksichtigung für inhaltlich begründet, weil die Politik sich der in Gang gekommenen Eigendynamik der ökonomisch-technischen Fakten nicht in den Weg stellte.<sup>2</sup> Der folgende Beitrag versucht hingegen – anhand zweier Dokumente – die unterschiedlichen Positionen in der deutschen Politik gegenüber diesem Prozeß herauszuarbeiten, da die strategischen Überlegungen sowohl Kontinuitäten zu vorher angestellten Planungen aufweisen als auch Ausblicke auf folgende Entwicklungen erlauben und für den europäischen Einigungsprozeß von Bedeutung waren. Bevor aber die Positionen erläutert werden, gilt es, kurz die Entwicklung von der deutschen Kapitulation bis zur Etablierung der EZU zu erläutern.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren fast alle europäischen Staaten auf Lieferungen aus den USA angewiesen, um ihre Bevölkerungen zu ernähren und die industrielle Produktion aufrechtzuerhalten. Eines der zentralen Probleme war, daß die europäischen Wirtschaften zum Ankauf der Güter US-Dollar benötigten, weil mit Ausnahme des Schweizer Franken alle europäischen Währungen zu dem Zeitpunkt nicht zum Dollar konvertibel waren. Da kaum ein Land in größerem Ausmaß Dollarguthaben besaß, bestand in den meisten Ländern Europas eine »Dollar-Lücke«, die den Welthandel erheblich erschwerte.

<sup>1</sup> Vgl. Jacob Kaplan/Günther Schleiminger, *The European Payments Union: Financial Diplomacy in the 1950s*, Oxford 1989; Alan S. Milward, *The Reconstruction of Western Europe*, London 1984, hier: S. 320-334; Barry Eichengreen, *Reconstructing Europe's Trade and Payments. The European Payments Union*, Manchester 1993; Monika Dickhaus, *Die Bundesbank im westeuropäischen Wiederaufbau. Die internationale Währungspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1948 bis 1958*, München 1996. Zum allgemeinen Rahmen vgl. Christoph Buchheim, *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945-1958*, München 1990; Ludolf Herbst/Werner Bühner/ Hanno Sowade (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt*, München 1990. – Ich danke Karl Heinz Roth für den Hinweis auf die Dokumente und die Ermöglichung der Einsichtnahme in Kopien der Akten im Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte in Bremen.

<sup>2</sup> Buchheim, *Wiedereingliederung* (wie Anm. 1), S. 111.

Die USA hatten nach Kriegsende auf diesen Zustand mit der Forderung reagiert, die europäischen Staaten sollten ihren Handel liberalisieren und Anstrengungen unternehmen, ihre Währungen konvertibel zu machen. Nachdem jedoch der Versuch, das britische Pfund zum Dollar tauschbar zu machen, innerhalb von sechs Wochen des Jahres 1947 wegen des Abflusses sämtlicher britischer Währungsreserven beendet werden mußte – damit war auch das Währungssystem von Bretton Woods praktisch schon gescheitert –, setzte sich bei führenden Vertretern der US-Handelspolitik langsam die Auffassung durch, daß es sinnvoller sei, die europäischen Währungen zuerst untereinander und vor dem Dollar geschützt konvertibel zu machen.

Noch während der britischen Krise bildete der Europa-Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman, Averell Harriman, eine Kommission zum Aufbau eines innereuropäischen Zahlungsverkehrs.<sup>3</sup> Zu ihrem Leiter wurde der Vize Präsident der Chase-Bank und vormalige Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Thomas Harrison McKittrick ernannt.<sup>4</sup> Im November 1947 verabschiedete das Komitee das »Erste Abkommen für multilaterale Finanzkompensation«, durch das 1948 neun europäische Länder einen mehrseitigen Verrechnungsverkehr aufnahmen. Zur Verwaltungszentrale des ersten Abkommens wurde die BIZ. 1949 entstanden aufgrund divergierender Interessen in den beiden bedeutendsten europäischen Mächten Pläne für zwei weitergehende Zahlungsblöcke in Europa: Für einen Franc-Block bestehend aus Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten (Fritalux, später Finebel genannt), und für einen Sterling-Block mit England und Skandinavien.<sup>5</sup> Aufgrund vielerlei Verwerfungen und des Interesses der USA und mehrerer kleinerer europäischer Staaten an einer Beteiligung Westdeutschlands kam es schließlich zur Gründung der EZU, die die Länder beider Blocks (samt Kolonien) sowie die BRD einschloß.

Die EZU wurde zunächst für die Dauer von zwei Jahren gegründet, sie blieb aber schließlich bis 1958 bestehen. Das zentrale Ziel der EZU war die volle Wiederherstellung der Konvertibilität der europäischen Währungen im Rahmen der Leistungsbilanzen der jeweiligen Länder. Zudem übernahmen die Länder mit ihrem Beitritt die Verpflichtung, die gegenseitigen Handelsbeschränkungen innerhalb vorgegebener Fristen schrittweise abzubauen.

3 Zu dem von der Forschung bisher wenig beachteten Komitee vgl. Gian Trepp, Bankgeschäfte mit dem Feind. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg. Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans, Zürich 1996, hier: S. 191-194.

4 McKittrick (geb. 1889) war am 1.1.1940 zum Präsidenten der BIZ ernannt worden und blieb bis 1946 im Amt. Zuvor war er ein hoher Vertreter der Londoner Filiale der New Yorker Privatbank Lee Higginson und Vorsitzender der US-Handelskammer in London gewesen. Er galt als Vertrauensmann der Hochfinanz an der Wall Street. Aufgrund der engen Geschäfte mit dem nationalsozialistischen Deutschland und der Beteiligung an deutschen Goldlieferungen gerieten er und die BIZ in den USA wie Großbritannien unter schwere Kritik. Insbesondere Henry Morgenthau und Harry D. White vom US-Finanzministerium versuchten mehrfach McKittricks Absetzung zu erreichen, scheiterten aber an dessen Unterstützung durch die Wall Street. Vgl. Trepp, Bankgeschäfte (wie Anm. 3).

5 Milward, Reconstruction (wie Anm. 1), S. 306-319, vgl. zur Fritalux auch den Beitrag von Annie Lacroix-Riz in diesem Band.

Die EZU-Verpflichtungen lehnten sich z. T. an Bestimmungen des Abkommens von Bretton Woods an.<sup>6</sup> Doch wichen andere Vertragspunkte auch deutlich von Bretton Woods ab. Beispielsweise waren sämtliche Fristen wesentlich langfristiger gedacht, als die sehr optimistischen Übergangsregelungen von Bretton Woods. Zudem deutet die Wahl der BIZ als zentralem Verwaltungsorgan der EZU an, daß die Bretton Woods-Institutionen – Weltbank und Internationaler Währungsfonds – für die europäischen Währungspolitik nur eine geringe Rolle spielten, wie Alan S. Milward zu Recht feststellt.<sup>7</sup>

Für die junge Bundesrepublik hatte der Beitritt zur EZU den Vorteil, daß der Spielraum einer eigenständigen deutschen Außenhandelspolitik zunehmend wuchs und der Weg zur Erringung der Gleichberechtigung in den politischen Gremien ebnet wurde. Die BRD setzte die in den Bestimmungen zur EZU festgehaltenen Regeln zur Aufhebung von Importrestriktionen nach ihrem Beitritt fristgerecht um. Daraufhin kam es bereits Ende 1950 zu einem wahren Boom an Einfuhren aus den europäischen Nachbarländern, der zum raschen Verbrauch der deutschen EZU-Quote von \$ 320 Millionen führte. Auch ein weiterer Kredit der Organization for European Economic Co-Operation (OEEC) von \$ 120 Millionen war im Frühjahr 1951 durch die hohen Importkosten rasch wieder abgeflossen, und die deutsche Bundesregierung entschloß sich, die Liberalisierung der Importbestimmungen vorerst rückgängig zu machen. Es kam zur ersten Krise der EZU. Sie konnte jedoch überwunden werden, weil die anderen EZU-Länder sich entschlossen, den westdeutschen Exporten weiterhin die Vorzüge der Liberalisierung zuzugestehen, und weil die Bonner Regierung im Gegenzug einen Zeitplan vorlegte, der die Wiedereinsetzung der Liberalisierung zum 1. Januar 1952 vorsah. Maßgeblich zur Beilegung der Krise hatten zwei EZU-Gutachter beigetragen, die davon ausgingen, daß der deutsche Importboom nur der Vorläufer eines baldigen Exportbooms sei, der die deutschen Zahlungsschwierigkeiten lösen würde.<sup>8</sup> Die Gutachter behielten Recht. Ab 1952 erwirtschaftete die BRD durch erhöhte Exporte zunehmend Guthaben gegenüber den EZU-Partnern, welche entscheidend zum Boom der fünfziger Jahre beitrugen.

Die beiden im folgenden abgedruckten Dokumente stammen aus dem Sommer 1951, also jener Zeit, als die deutsche Zahlungsbilanzkrise nach wie vor hoch akut war.

6 Barry Eichengreen, Vom Goldstandard zum EURO. Die Geschichte des internationalen Währungssystems, Berlin 2000, S. 149.

7 Milward, Reconstruction (wie Anm. 1), S. 44. Dies wird noch klarer, wenn man um die Feindschaft zwischen der BIZ und den Architekten von Bretton Woods, Morgenthau und White, weiß.

8 Die beiden Gutachter waren Per Jacobsson, geb. 1894, Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung der BIZ in den Jahren 1931-1957, Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 1957 bis zu seinem Tod 1963, und Alec Cairncross. Sie lehnten sich in ihren Empfehlungen jedoch maßgeblich an Vorschläge einer deutschen Expertengruppe an, der u. a. Otmar Emminger – später Mitglied des Bundesbankdirektoriums und Exekutivdirektor beim IWF – angehörte. Vgl. Otmar Emminger, Deutsche Geld- und Währungspolitik im Spannungsfeld zwischen innerem und äußerem Gleichgewicht (1948-1975), in: Deutsche Bundesbank (Hg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt am Main 1976, S. 485-555, hier: S. 489; Dickhaus, Bundesbank (wie Anm. 1), hier: S. 91, 97.

Eine Krisenstimmung ist jedoch in beiden Dokumenten kaum erkennbar. Den deutschen Finanzexperten schien die Überwindung der Krise selbstverständlich, sie beschäftigte vielmehr die Frage, wie der mit der EZU in Gang gesetzte Prozeß der Liberalisierung des Handels und der Währungen in Europa und der Welt weitergehen sollte. Im Hintergrund standen ferner die Montanunion im schwerindustriellen Bereich sowie der Koreakrieg, und damit auch das Verhältnis der europäischen Integration zu den Vereinigten Staaten sowie die Handlungsspielräume, die Europa gegenüber den USA jetzt und in Zukunft haben würde.

Bei *Dokument 1* handelt es sich um das Protokoll der Sitzung des *Comité monétaire européen* vom 8. September 1951 in Basel. In dem bisher wenig beachteten Komitee trafen sich insbesondere deutsche und schweizerische Bank- und Industriekreise sowie Wirtschaftswissenschaftler, um über eine zukünftige europäische Währungspolitik zu beraten. Hinzu kamen profilierte Persönlichkeiten aus der belgischen und französischen Wirtschaft. Den Vorsitz führte die alte Galionsfigur der »Paneuropa«-Bewegung, Graf Richard N. Coudenhove-Kalergi.<sup>9</sup> Einleitend stellte Hans Fürstenberg<sup>10</sup> fest, daß die EZU noch nicht währungsbildend sei, aber eine Währungsbildung anzustreben wäre. Ziel müßte die Bildung einer europäischen Währung sein, die »ähnlich \$-Block mit entsprechend größerer Macht« sei. Dem stimmten die anderen deutschen Vertreter im Gremium energisch zu. Richard Merton<sup>11</sup> forderte die

- 9 Vgl. Reinhard Frommelt, *Paneuropa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925-1933*, Stuttgart 1977.
- 10 Hans Fürstenberg (geb. 1890) war der Sohn des langjährigen Vorsitzenden der Berliner Handels-Gesellschaft, einem eng mit der AEG verbundenen Bankhaus. Fürstenberg wurde in der Weimarer Republik zum Juniorchef der Bank und war ab 1929 zudem stellvertretender Vorsitzender der AEG. Desweiteren hatte er enge Kontakte zu Coudenhove-Kalergi und wurde zum Schatzmeister der Paneuropa-Bewegung. Aufgrund seiner jüdischen Herkunft wurde er von 1935-1938 sukzessive aus allen Ämtern getrieben und emigrierte nach Frankreich, wo er bis Kriegsende blieb. Anschließend beteiligte er sich maßgeblich an der Reorganisation der Berliner Handels-Gesellschaft und wurde Vorsitzender des Verwaltungsrates. Vgl. Hans Fürstenberg, *Erinnerungen. Mein Weg als Bankier und Carl Fürstenbergs Altersjahre*, Wiesbaden 1965; Kurt Pritzkolet, *Bosse, Banken, Börsen. Herren über Geld und Wirtschaft*, Wien/München/Basel 1954, S. 213-222.
- 11 Richard Merton (geb. 1881) war seit 1902 in die Fußstapfen seines Vaters bei der Metallgesellschaft in Frankfurt getreten. Im Ersten Weltkrieg war er in der deutschen Besatzungsverwaltung in Belgien tätig und galt als Vertrauter General Wilhelm Groeners. Bei der Umwandlung der dem Konzern angehörenden Gesellschaften zur Metallgesellschaft AG wurde er Aufsichtsratsvorsitzender des Unternehmens. In der Weimarer Republik war er Mitglied der DVP. 1938 wurde Merton wegen seiner jüdischen Herkunft zur Aufgabe aller Posten gedrängt und für drei Wochen im KZ Buchenwald inhaftiert. Er emigrierte 1939 nach London, wo er bis 1947 blieb. Sofort nach seiner Rückkehr wurde er von der hessischen Regierung in den »Außenhandelsbeirat« berufen, der vom Hamburger Bürgermeister a. D. Rudolf Petersen geleitet wurde und in dem auch der spätere Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard saß. Auf der ersten Nachkriegsgeneralversammlung seines alten Konzerns wurde er zum Aufsichtsratsvorsitzender der Metallgesellschaft AG ernannt. In der Bundesrepublik gilt er insbesondere als entschiedener Förderer des Aufstiegs von Hermann Josef Abs. Vgl. Richard Merton,

Einrichtung einer *Haute Autorité européenne monétaire* nach dem Vorbild der Hohen Behörde des Schumanplans, welche die Währungen der Teilnehmerländer der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vereinigen sollte. Angestrebt wurde eine Währungsgemeinschaft zwischen Frankreich, Italien, den Benelux-Ländern und der BRD, die sich von dem in der EZU vertretenen Sterling-Block abkoppeln sollte. Auch Hermann Josef Abs<sup>12</sup> stimmte den Überlegungen zu. Er dachte an eine »Übertragung des Systems der »Bank deutscher Länder« auf Europa« und forderte die Errichtung einer Art Europabank.

Abs konnte hierbei auf im Umfeld der Deutschen Bank und des I. G. Farben-Konzerns während des Zweiten Weltkrieges vertretene währungspolitische Auffassungen zurückgreifen. Bereits 1940 hatte Herbert Martini, damals noch im Reichswirtschaftsministerium tätig und 1950 als Vorstandsmitglied der Bank für Wiederaufbau eng an der Seite von Abs stehend, die Idee der Gründung einer Europabank in die Debatte geworfen.<sup>13</sup> Nachdem der Plan 1940 jedoch am Widerstand der Reichsbank und der Außenhandelsabteilung des Reichswirtschaftsministeriums gescheitert war, reüssierte er unter veränderten Bedingungen erneut: Im Herbst 1944 mühte sich die Denkschrift »Weg zu Europa. Gedanken über ein Wirtschaftsbündnis Europäischer Staaten«<sup>14</sup> des I. G. Farben-Mitarbeiters Richard Riedl<sup>15</sup>, die europäischen Staaten angesichts der bevorstehenden Niederlage des Reiches mit einer gemeinschaftlichen Währungspolitik an Deutschland zu binden. Den zentralen Punkt der Denkschrift

- Erinnerenswertes aus meinem Leben das über das Persönliche hinausgeht, Frankfurt am Main 1955; Kurt Pritzkolet, *Männer-Mächte-Monopole*, Düsseldorf 1953, S. 342-359.
- 12 Hermann Josef Abs (geb. 1901) begann seine Karriere bei der mit der Metallgesellschaft eng verbundenen Delbrück-Bank. 1938 wurde er in den Vorstand der Deutschen Bank berufen und übernahm dort die Leitung des Auslandsgeschäftes, wodurch er maßgeblich an der »Arisierung« und Übernahme von Firmen in den besetzten Gebieten beteiligt war. Nach der Wiederherstellung der Deutschen Bank wurde er deren Vorstandssprecher, ab 1967 ihr Aufsichtsratsvorsitzender und ab 1976 ihr Ehrenvorsitzender. Bekannt geworden ist er insbesondere durch die Leitung der deutschen Delegation bei der Londoner Schuldenkonferenz. Seit dem galt Abs als »graue Eminenz« der bundesdeutschen Finanzwirtschaft. Vgl. Harold James, *Die Deutsche Bank und die »Arisierung«*, München 2001; Eberhard Czichon, *Die Bank und die Macht. Hermann Josef Abs, die Deutsche Bank und die Politik*, Köln 1995; dagegen Lothar Gall, *A man for all seasons? Hermann Josef Abs im Dritten Reich*, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 43 (1998), S. 123-176.
- 13 Vgl. dazu meinen Beitrag in diesem Band.
- 14 Abgedruckt ist die Denkschrift bei Reinhard Opitz, *Europastrategien des deutschen Kapitals*, Köln 1977, S. 990-1007.
- 15 Richard Riedl wurde im April 1917 österreichischer Generalkommissar für Kriegs- und Übergangswirtschaft und galt nach Ende des Ersten Weltkriegs als aussichtsreicher Kandidat für das Amt des österreichischen Ministerpräsidenten, das er jedoch letztlich nicht erreichte. Politisch sprach sich Riedl für einen engeren Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich aus. Er war ein Anhänger der deutschen Mitteleuropa-Konzeption und später Vorstandsmitglied des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages. Nach der Besetzung Österreichs amtierte Riedl als Aufsichtsratsvorsitzender der Donau-Chemie AG (Wien), die im Besitz des I.G. Farben-Konzerns war.

bildete der Vorschlag zur Einrichtung einer Europabank, die auf neutralem Gebiet ihren Sitz haben sollte.<sup>16</sup> Durch die Verrechnung der Währungen sollte ein neues Giralgeld mit dem Namen »Europagulden« entstehen. Riedls Denkschrift lehnte sich eng an zentrale Instrumentarien an, die John Maynard Keynes in seiner Auseinandersetzung mit dem sogenannten Funk-Plan für eine deutsch beherrschte Währung in Europa entwickelt hatte, und bezog vor dem Hintergrund einer aktuellen Kontroverse zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien in Bretton Woods zugunsten der letzteren Stellung. Dahinter verbarg sich die illusionäre Hoffnung, den zunehmenden Antibolschewismus Churchills nutzen und Großbritannien für das Projekt eines deutsch-englisch beherrschten Großraums mit antibolschewistischer Ausrichtung gewinnen zu können.<sup>17</sup> Doch auch diesmal scheiterte die Umsetzung.

1951 wurde der Vorschlag zur Gründung einer Europabank von Abs und Merton pragmatisch an die neue Situation angepaßt. Zentraler Partner in Europa sollte Frankreich sein, das für solche Vorstellungen offener schien als die britischen Finanzeliten. Für die Durchsetzung der Pläne suchte man das Bündnis mit französischen Keynesianisten sowie mit Finanzfachleuten der kleineren europäischen Staaten. Von maßgeblicher Bedeutung war jedoch die Verbindung zu Entscheidungsträgern in den USA, ohne die ein solches Vorgehen nicht möglich war. Dies schien über das Comité auf zwei Wegen möglich: Coudenhove-Kalergi verfügte über enge Kontakte in die Vereinigten Staaten, wodurch es ihm u. a. gelang, erhebliche Mittel für ein *American Committee for United Europe* zu sammeln.<sup>18</sup> Zusätzlich bestanden über Per Jacobsson<sup>19</sup> und die BIZ Verbindungen zu McKittrick und damit zur Wall Street.

16 Als Beispiel wurde die B.I.Z. mit Sitz in Basel genannt, die dann 1950 zentrale Verrechnungsstelle der EZU wurde.

17 Zur Bewertung der Denkschrift vgl. Karl Heinz Roth, Wirtschaftliche Vorbereitungen auf das Kriegsende und Nachkriegsplanungen, in: Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft; Bd. III: 1943-1945, S. 509-611, hier: S. 512-516.

18 Größtenteils stammten die Mittel wohl vom amerikanischen Inlandsnachrichtendienst, der Central Intelligence Agency (CIA): Wilfried Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, in: Herbst, Marshallplan (wie Anm. 1), S. 63-77, hier: S. 71. Erwähnt werden muß, daß die Ideen, die Abs und Merton an Coudenhove-Kalergi herantrugen, sich entscheidend vom Programm der alten Paneuropa-Bewegung unterschieden. Beispielsweise stand im Zentrum der alten Paneuropa-Bewegung immer der politische Zusammenschluß der europäischen Staaten, dem dann eine Zollunion folgen sollte. Eine Währungsunion war vor 1933 hingegen kein zentraler Programmpunkt der Bewegung. Vgl. Richard Coudenhove-Kalergi, Pan-Europa, Wien/Leipzig 1923, oder die 1926 in der Zeitschrift »Der deutsche Gedanke« geführte Diskussion um Paneuropa, abgedruckt in: Opitz, Europastrategien (wie Anm. 14), S. 514-534. Vgl. zur Paneuropa-Bewegung auch den Beitrag von Bo Stråth und Thomas Sandkühler in diesem Band.

19 Jacobsson galt in der BIZ als Anhänger des Goldstandards und Befürworter einer Kooperation mit dem nationalsozialistischen Deutschland. So wurde er u. a. Mitglied im von der Internationalen Handelskammer 1939 gegründeten »Komitee für den Wirtschaftsfrieden«, das von dem Direktor der International Business Machines (IBM) Thomas Watson und dem Präsidenten der New Yorker Chase Bank, Winthrop Aldrich geleitet wurde und eine Fortschreibung der Appeasement-Politik gegenüber Deutschland auch nach dem deutschen

Vor dem Hintergrund der weiteren deutschen Entwicklung ist die von Abs, Merton, Fürstenberg und auch Paul Binder<sup>20</sup> vorgenommene Positionierung der westdeutschen Wirtschaft in einem westeuropäischem Großraum mit Frankreich als zentralem Partner bemerkenswert. Der entstehende und währungspolitisch zu befördernde Zusammenschluß sollte sich (vorsichtig) vom Dollar- und Sterling-Block abgrenzen und den Wiederaufstieg Westdeutschlands ermöglichen. Innerhalb der BRD konnten Abs und Merton das politische Konzept der West-Bindung durch ihren engen Kontakt zu Bundeskanzler Konrad Adenauer politikfähig machen. Über diesen versuchten sie die konkurrierenden Vorstellungen des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard<sup>21</sup> zurückzudrängen und möglichst dessen Entlassung herbeizuführen. Doch die Entmachtung Erhards scheiterte. Die im Bundeswirtschaftsministerium unter Erhard favorisierte Positionierung hatte auch weiterhin einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die deutsche Wirtschaftspolitik.<sup>22</sup>

Zur Illustration der Einstellung Erhards und des Bundeswirtschaftsministeriums soll *Dokument 2* dienen. Es handelt sich um eine Denkschrift des Ministerialrats Helmut Meinhold<sup>23</sup> vom 27. Juli 1951, die mit Zustimmung Erhards an den Staatssekretär im

Überfall auf Polen forderte. 1950 war Jacobsson als BIZ-Chefökonom einer der beiden Gutachter, die die Frage nach dem Umgang mit dem deutschen Zahlungsbilanzdefizit untersuchten (vgl. Anm. 8, zur Person auch Erin Jacobsson, *A life for sound money*. Per Jacobsson, his biography, Oxford 1979).

20 Paul Binder (geb. 1902) war im Zweiten Weltkrieg leitender Direktor bei der Dresdner Bank und dort u. a. an »Arisierungen« beteiligt. Nach Kriegsende wurde er Finanzstaatssekretär in Baden-Württemberg und Mitglied im Wirtschaftsrat der CDU. Vgl. Dieter Ziegler, Die Verdrängung der Juden aus der Dresdner Bank 1933-1938, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 47 (1999), S. 187-217.

21 Zu Ludwig Erhard vgl. Volkhard Laitenberger, Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker, Göttingen/Zürich 1986; Volker Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996; Christian Gerlach, Ludwig Erhard und die »Wirtschaft des neuen deutschen Ostraumes«. Ein Gutachten aus dem Jahr 1941 und Erhards Beraterstätigkeit bei der deutschen Annexionspolitik 1938-1943, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 13 (1996), S. 241-274; Karl Heinz Roth, Das Ende eines Mythos. Ludwig Erhard und der Übergang der deutschen Wirtschaft von der Annexions- zur Nachkriegsplanung (1939-1945). I. Teil 1939-1945, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 10 (1995), H. 4, S. 53-93; II. Teil 1943-1945, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 13 (1998), H. 1, S. 92-123; Teil III: 1943 bis 1945. Fortsetzung und Schluß, in: 1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 14 (1999), H. 1, S. 73-91. Vgl. zu Erhards Rolle auch die Beiträge von Patricia Commun und Olaf Breker in diesem Band.

22 Vgl. Hans Jürgen Küsters, Der Streit um Kompetenzen und Konzeptionen deutscher Europa-Politik 1949-1958, in: Herbst, Marshallplan (wie Anm. 1), S. 335-370.

23 Helmut Meinhold (geb. 1904) war seit 1937 Assistent an der Universität Kiel und Mitglied des Instituts für Weltwirtschaft. 1941 wechselte er zum Institut für deutsche Ostarbeit nach Krakau. Nach seiner Einberufung und einem kurz darauf erfolgten Armdurchschuß war er von 1942-1945 in der Hauptabteilung Wirtschaft des Generalgouvernements tätig. Seine Haupttätigkeitsfelder waren die Großraumplanung und die Beschäftigung mit der Frage nach der »Beseitigung der (jüdischen) Überbevölkerung«. Nach Kriegsende kehrte er ans Institut für

Auswärtigen Amt und späteren ersten Präsidenten der Europäischen Kommission, Walter Hallstein, übermittelt wurde. Bereits auf den ersten Blick zeigt sich, daß das Bundeswirtschaftsministerium dem gesamten westeuropäischen Einigungsprozeß und insbesondere einer Währungsunion mit erheblicher Skepsis begegnete. Zurückgegriffen wurde dabei auf Argumente, die die Reichsbank und das Reichswirtschaftsministerium bereits 1940 gegen währungspolitische Vorhaben Herbert Martinis und des Auswärtigen Amtes vorgebracht hatten. Meinhold schrieb:

»Der Grund dafür, die Währungsunion auf den Schluss der Vereinigung zu verweisen, liegt darin, dass sie ohne eine weitestgehende Vereinheitlichung der wirtschaftspolitischen Prinzipien nicht arbeitsfähig sein würde.«

Wie früher die Reichsbank und das Reichswirtschaftsministerium, stellte auch Meinhold die Währungsunion an das Ende eines langen Einigungsprozesses. Erhard und sein ordoliberaler Berater, Wilhelm Röpke, lehnten insbesondere die Vollbeschäftigungspolitik der französischen Keynesianisten ab. Als unabdingbare Voraussetzung für eine Währungsunion betrachtete Meinhold deswegen zum einen eine Angleichung des Preisniveaus, zum anderen aber vor allem die Einigung über die einschlagende staatliche Wirtschaftspolitik. Daß die Ordoliberalen um Erhard eine Politik des rigoros ausgeglichenen Staatshaushalts einer keynesianistischen Defizitpolitik vorzogen, läßt sich aus dem vorliegenden Dokument deutlich erkennen: Als Beispiel für das Auseinanderbrechen einer möglichen wirtschafts- und währungspolitischen Union wird das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung mit Hilfe von Kreditschöpfung benannt.

Jedoch sprach sich das Bundeswirtschaftsministerium nicht nur für die Verlangsamung der Währungsunion und für die Einhaltung rigider Vorgaben aus, sondern das Ressort war dem ganzen Konzept gegenüber ablehnend eingestellt:

»Die Herausbildung eines abgesonderten Kosten-, Preis- und Lohngefüges innerhalb des Raumes einer Europäischen Währungsunion muß daher vermieden werden. Das Hauptziel sollte deshalb nicht die Herstellung einer räumlich auf Europa begrenzten Konvertierbarkeit der Währungen, sondern die Herstellung der Konvertierbarkeit der bislang gebundenen Währungen gegenüber dem Dollar sein.«

Das Bundeswirtschaftsministerium favorisierte die Verwirklichung eines globalen Freihandels als Voraussetzung der währungspolitischen Konstituierung eines europäischen Binnenmarkts. Der globale Multilateralismus sollte durch die Anlehnung der DM an die neue Leitwährung, den US-Dollar, hergestellt werden.

Weltwirtschaft zurück, wo er eine Dozentur erhielt. Von dort wurde er ins Zentralamt für Wirtschaft in der britischen Zone (1947/48) und schließlich in die Abteilung für Grundsatfragen im Bundeswirtschaftsministerium (1949-1952) berufen. Anschließend verlagerte sich seine Tätigkeit vor allem auf den Sozialbeirat des Bundesarbeitsministeriums, dessen Vorsitzender er schließlich von 1959-1986 war. Vgl. Susanne Heim/Götz Aly, Ein Berater der Macht. Helmut Meinhold oder der Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Judenvernichtung, Hamburg 1986.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Gruppe um Abs und Merton für eine westeuropäische Währungsunion plädierte, die durch ein enges Bündnis mit Frankreich hergestellt werden sollte. Für sie war die Durchsetzung eines westeuropäischen (Währungs-) Blocks entscheidend, der als beste Voraussetzung für die Rückkehr zur Konvertierbarkeit der europäischen Währungen mit dem Dollar, aber auch für eine graduelle Abgrenzung vom Dollar- und Sterling-Raum betrachtet wurde. Die Ordoliberalen um Bundeswirtschaftsminister Erhard standen dem politischen und wirtschaftlichen Bündnis mit Frankreich hingegen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Anstelle einer regionalen Wirtschafts- und Währungsvereinigung wurde der Anschluß an den Dollar und die Rückkehr zum weltweiten Freihandel als dringende Aufgabe betrachtet. Insbesondere eine Währungsunion sollte es, wenn überhaupt, erst nach dem Anschluß an den Dollar und nach dem Abschluß eines langfristigen politischen Einigungsprozesses geben.

Aus heutiger Sicht wissen wir, daß es Erhard nicht gelang, den politischen und wirtschaftlichen Einigungsprozeß, der von Adenauer und Präsident Charles de Gaulle vorangetrieben wurde, aufzuhalten. Spätestens mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1958 hatte sich das Modell einer westeuropäischen Union, die sich z. T. gegenüber dem Dollar- und dem Sterling-Raum schützte, durchgesetzt. Warum sich jedoch gerade das von Abs, Merton und Fürstenberg als zentral verstandene Projekt einer europäischen Währungsunion und einer Europabank nicht zu ihren Lebzeiten realisieren ließ, gilt es weiter zu erforschen. Auf dem Währungsgebiet wurden statt dessen die von Meinhold formulierten Bedenken konstitutiv: Es kam erst fünfzig Jahre nach den hier dargestellten Ereignissen zur Einführung einer europäischen Gemeinschaftswährung, des Euro, dessen Stabilitätskriterien weitgehend den von Meinhold formulierten Zweifeln Rechnung trugen.

*Dokument 1: Protokoll der 1. Sitzung des Generalsekretariats des Comité monétaire européen, Zürich, im Hotel »Drei Könige« in Basel, 8. September 1951<sup>24</sup>*

*Vormittagsitzung*

10.30

*Vorsitz:* Graf R. N. Coudenhove-Kalergi  
*Anwesend:* Dr. Hermann J. Abs, Wiederaufbaubank, Frankfurt a. M.  
 Dr. Paul Binder, Staatssekretär a. D., Stuttgart  
 Prof. R. Coudenhove-Kalergi, Gstaad  
 J. [richtig: H.] Fürstenberg, Paris  
 Per Jacobs[s]on, Basel  
 Dr. Richard Merton, Metallgesellschaft, Frankfurt a. M.  
 Dr. A. Schaefer, Schweiz. Bankgesellschaft, Zürich  
 Dr. E. Steffan, Mouvement Paneuropéen, Lausanne  
 Maurice Toussaint, Banque Nationale, Bruxelles

24 Bundesarchiv (BA) Koblenz, Bestand B 102 (Bundesministerium für Wirtschaft)/12.650, H. 1.

Prof. O. Veit, Hessische Landesbank, Frankfurt a. M.  
 Dr. W. von Arx, Secrétaire de la Conférence, Zürich  
 Prof. E. Wagner, Universität Basel  
 Prof. W. Willi, Bank für Anlagenwerte, Zürich

[...] <sup>25</sup>

Graf Coudenhove-Kalergi eröffnet die Sitzung und dankt den Mitgliedern für ihr Erscheinen. Das Komitee will als Zusammenschluss von Experten die Möglichkeiten einer Vereinheitlichung der europäischen Währung prüfen, um zu Vorschlägen an die europäischen Regierungen[,] aber auch an die USA zu gelangen. Er bittet Herrn H. Fürstenberg, zu seinen dem Komitee vorliegenden Vorschlägen zu referieren.

H. Fürstenberg bemerkt, dass sein Brief vom 19. August an Graf Coudenhove-Kalergi eine Erinnerung von vor 20 Jahren darstelle, als er bei einem Paneuropa-Kongress Berichterstatter in Währungsfragen war. Er erläutert seinen Gedankengang:

- 1) Kann die *jetzige Zahlungsunion* als währungsbildend betrachtet werden? Sie ist gedacht als ein Mittel zur Erleichterung des Waren-Austausches. Das sei nicht währungsbildend[,] da keine Reserven entstehen und ohne Reserven keine Währung. Das jetzige System kann also nicht als währungsbildend betrachtet werden.

// S. 2

- 2) *Verhältnis Gold-Dollar*: Er sei der Ansicht, dass ein festes Verhältnis die Grundlagen der Wirtschaft verfälscht. Wichtig ist vor allem das Vertrauen zur Wiederherstellung des Kreditgefüges.
- 3) Wenn es eine *europäische Währung* gäbe, dann würde sich ein Block bilden ähnlich dem \$-Block mit entsprechend grösserer Macht.
- 4) *Kapitalbildung* – Vertrauen: ist eine Nebenfrage. Das Vertrauen existiert nicht. Wenn es Vertrauen gäbe, gäbe es auch Kapitalbildung.
- 5) *Bildung eines europäischen Währungsfonds*: Begleiterscheinung einer europäischen Währungseinheit.
- 6) *Schöpfung einer europäischen Währungseinheit*: ähnlich wie im Sterling-Block.

H. Fürstenberg gibt bekannt, dass Präs. Pfeleiderer, Prof. Roepke, Dir. Nussbaumer, Dr. Binder, Dr. Merton, Dr. Hartmann, Prof. Rist, Dr. Schaefer und Prof. Somary schon schriftlich zur Sache Stellung genommen haben[,] und gibt eine Zusammenfassung der Briefe von Prof. Rist, Dr. Hartmann, Prof. Somary, Dir. Nussbaumer, Dr. Pfeleiderer und Prof. Roepke (Abschriften dieser Stellungnahmen beim Sekretariat).

Dr. Binder ergänzt seinen Bericht mit Ausführungen über:

1. *Nationalisierte Betriebe*
2. *Vollbeschäftigung*

<sup>25</sup> Details über Protokollführung, Stenogramm und Übersetzung ausgelassen.

welche Tatsachen die Bestrebungen auf Liberalisierung der Währungen hemmen. Die Theorie der Vollbeschäftigung auf nationale Bereiche muss verlassen werden.

Dr. Merton: Analogie zum Schuman-Plan: zu prüfen, ob auch eine »Haute Autorité européenne monétaire« zu schaffen sei, die eine langsame Gleichschaltung der europäischen Währungen etappenweise schafft. – »Erst Direktion, dann Formation«. Der Schuman-Plan<sup>26</sup> hat viel Formation, aber niemand weiss recht, wohin die Reise geht. Man muss ein Instrument schaffen, dem auch Macht innewohnt; ein entscheidender Faktor ist dabei immer die Mitbestimmung über die Kasse. Alle Pläne, wie Schuman-Plan, Stikker-Plan<sup>27</sup>, Pflimlin-Plan<sup>28</sup>, Plevin-Plan<sup>29</sup> usw. müssen scheitern, solange nicht eine gemeinsame Währung vorhanden ist. Deshalb auch Vorschläge, dass die Amerikaner ihre Mittel nicht direkt in den Ländern einsetzen, sondern über eine Europäische Haute Autorité monétaire et du credit. Die Folge des Schuman-Plans könnte sein, dass Frankreich in der Lage wäre, in Deutschland Eisen zu kaufen, dass aber Deutschland in Frankreich nicht Eisen kaufen könnte, weil die Währungen noch nicht austauschbar sind.

Dr. Merton ist bereit, eine Zusammenfassung seiner bisherigen Publikationen den Mitgliedern der Konferenz zukommen zu lassen.

Dr. Schäfer erklärt sich mit dem Grundproblem einverstanden. Die Bildung von *Vertrauen und Kredit* hängen ab von der Währungsfrage.

// S. 3

Das Verhältnis von Dollar zum Gold ist das Zentralproblem. Die Bildung eines Europäischen Bretton Woods hat Gefahren in sich, weil dadurch dirigistische Tendenzen gestärkt würden. Es muss eine *Gold-Automatik* wieder eingeführt werden. Aber viele europäische Noteninstitute wehren sich gegen eine freie Gold-Automatik. Kann eine solche Frage überhaupt von einem Europäischen Gremium von Währungssachverständigen diskutiert werden, ohne das Problem Dollar: Gold vom USA-Standpunkt

<sup>26</sup> Gemeint ist die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

<sup>27</sup> Der niederländische Außenminister Dirk Stikker hatte Ende Juni 1950 dem OEEC-Rat einen Plan für die Erweiterung der Montanunion auf alle Wirtschaftsbereiche der Mitgliedsländer unterbreitet. Der Vorschlag scheiterte letztlich am Widerstand Großbritanniens gegen eine Ausdehnung der supranationalen Organisation. Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957*, Göttingen 1991, S. 88, 102.

<sup>28</sup> Der französische Landwirtschaftsminister Pierre Pflimlin hatte im September 1950 den Plan einer sektoralen Integration der europäischen Landwirtschaft vorgelegt, konnte sich aber damit nicht durchsetzen (ebd., S. 128).

<sup>29</sup> Der französische Ministerpräsident René Plevin hatte im Oktober 1949 vor der französischen Nationalversammlung vorgeschlagen, als Gegengewicht zum alliierten Vorhaben einer deutschen Wiederbewaffnung eine Europa-Armee im Rahmen des Atlantik-Pakts (NATO) aufzustellen. Das hieraus hervorgehende Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) scheiterte im August 1954 am Widerstand der französischen Nationalversammlung. Die Bundesrepublik trat daraufhin der NATO bei (ebd., S. 91-112).

aus zu beleuchten. Unsere ganze Problemstellung ist weitgehend beeinflusst von der Schlussfolgerung, zu der wir gelangen im Gold: Dollar-Problem.

Prof. Veit hat den Eindruck, dass in der Besprechung zwei Auffassungen zum Vorschein kommen, über deren Unterschied man sich klar sein muss und dass sich die Möglichkeit zu folgender Zusammenfassung ergibt.

Von H. Fürstenberg wurde in den Vordergrund gestellt, dass der freie Austausch von Kapital angestrebt werden muss. Dafür müsse die *Rückkehr zur Goldwährung* möglich sein, oder wenigstens die Bildung eines Fonds an Gold – eine europäische Währung auf dem alten Goldprinzip. Ausserdem müsse das Problem der Stellung des Dollars zum Gold gelöst werden.

Demgegenüber stehe der Gedanke, dass das Problem der *Souveränität in Währungsfragen* ausserordentlich schwer zu lösen sei. Wenn die Länder auch im Schuman-Plan Souveränitätsrechte preisgeben müssen, so ist das doch nicht so evident wie eine Preisgabe im Währungsgebiet. Hierauf erklärt Prof. Veit den Mechanismus einer europäischen Reserve-Bank. Er betont den Unterschied gegenüber dem Schuman-Plan: sie wäre nicht ganz im Sinne einer Haute Autorité[,] wie sie im Schuman-Plan vorgesehen ist, denn es wird offiziell nicht auf Souveränitätsrechte verzichtet. Er glaubt, dass wenn allen der Gedanke vorschwebt, dass man zur Goldwährung zurückkommen muss, in der Gründung einer europäischen Zentralbank kein politisches Präjudiz liegt.

Dr. Abs spricht im Sinne eines kühnen Bildes von einer Uebertragung des Systems »Bank Deutscher Länder« auf Europa.<sup>30</sup> Welche Voraussetzungen sind für die Konvertibilität der Währungen zu schaffen? International gesehen, gäbe es eine Reihe von Problemen, die vorgängig gelöst werden müssen:

- 1) Konvertibilität der Währung,
- 2) Problem der Auslandsschulden,
- 3) Frage der vorhandenen Währungssysteme.

H. Jacobs[son]: Einverstanden mit dem Brief Fürstenberg. Einverstanden mit der Auffassung in der Frage der Konvertibilität und des Goldstandards. Beim Goldstandard haben die Länder tatsächlich ihre Souveränität aufgegeben. Wo ein Währungsinstitut keine Macht hat, muss ein hoher Grad von Freiwilligkeit erreicht werden. Ich sage oft zu meinen Freunden von Bretton Woods: »You have the power, we have the influence«. Europa hat eine erhöhte Produktion, aber keine Reserven; es sollten Reserven gebildet werden.

<sup>30</sup> Auf der Potsdamer Konferenz hatten sich die Alliierten 1945 auf eine Dezentralisierung des deutschen Bankenwesens geeinigt; es bestand aber Dissens, was hieraus praktisch folgen sollte. Nach der Errichtung der Bizone einigten sich Amerikaner und Briten auf die Errichtung einer »Länder Union Bank«, der späteren Bank Deutscher Länder (BdL), die mit der Gründung der Trizone auf die französische Besatzungszone erweitert wurde und aus der später die Deutsche Bundesbank hervorging. Dickhaus, Bundesbank (wie Anm. 1), S. 53-55, zur Währungspolitik der BdL im fraglichen Zeitraum ebd., S. 117-143; vgl. auch Christoph Buchheim, Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, in: Deutsche Bundesbank (Hg.), Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, München 1998, S. 91-138.

// S. 4

Prof. Wagner: Einverstanden mit Fürstenberg. Einverstanden auch damit, dass die EZU nicht weiter entwicklungsfähig ist in Richtung auf die Bildung einer Europäischen Währung. Das Problem der Europäischen Währungseinheit ist so präjudiziert durch die nationalen Einstellungen, dass ich nicht glaube, dass eine Währungseinheit bald möglich sein wird. Einverstanden mit der Notwendigkeit eines freien Goldmarktes und mit der Ansicht eines fluktuierenden Goldpreises. Ich glaube nicht, dass ein fluktuierender Goldpreis zur Sanierung beiträgt. Glaubt, dass man sich auf einen festen Boden bezüglich des Goldpreises stellen müsste, wie es auch in Bretton Woods ins Auge gefasst worden ist.

Wichtig wäre die Schaffung einer Europäischen Zentralbank im strengen Sinne, mit allen Rechten einer Zentralbank: aber das scheint heute noch ausgeschlossen. Glaubt nicht, dass die Länder mit harten Währungen sich dazu bereit erklären würden. Das schliesst aber nicht aus, dass eine Europäische Organisation entsteht, und zwar im Sinne von Bretton Woods. Bretton Woods hat seine Aufgabe nicht erfüllt, weil es nicht für die Schwierigkeiten gebaut worden war, die inzwischen aufgetaucht sind.<sup>31</sup> Unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen müsste man den Versuch einer weiteren Integrierung der europäischen Wirtschaft und insbesondere auch der europäischen Währung machen. Das kann aber nur geschehen durch die Schaffung einer zentralen Institution mit weitgehenden Kompetenzen: was aber bereits heute als ausgeschlossen erscheint. [...]<sup>32</sup>

Dr. Binder meint, heute müsse man im Interesse der Vereinheitlichung der europäischen Wirtschaft zwei Ziele im Auge behalten:

- 1) die europäischen Währungen gegeneinander und mit dem Dollar konvertibel zu gestalten;
- 2) diesen Währungen einen Wertmesser unterzulegen, der stabil und politischen, staatlichen Massnahmen entzogen ist.

Dieses Ziel braucht nicht in so weiter Ferne zu sein, wie manche Korrespondenten wohl glauben. Die gemeinsame Aufrüstung z. B. stellt so grosse Angriffe auf die Budgets der einzelnen Länder dar, dass damit auch eine Koordination der Währungen der

<sup>31</sup> Das Währungssystem von Bretton Woods beruhte auf einer weltweiten Konvertibilität der Währungen und festen Wechselkursen. Es brach schon in der Wirtschaftskrise von 1947 zusammen, weil das britische Pfund Sterling und der US-Dollar nicht mehr konvertibel waren. »If the Bretton Woods system, as conceived in 1944 ever existed it ended for European countries in 1947. What later emerged in 1958, when Western European currencies became more or less fully convertible, was certainly based on very similar economic ideas, but was, none the less, something different. It would have been inconceivable had not the West European countries themselves devised between 1947 and 1951 a form of international economic co-operation more appropriate to their domestic economic objectives than the combination of sweeping, but vague agreements in principle and precisely defined, but inadequate, international institutions which Bretton Woods produced.« Milward, Reconstruction (wie Anm. 1), S. 44.

<sup>32</sup> Ausführungen über den Funktionsmechanismus des Goldstandards seit 1875 ausgelassen.

einzelnen Länder notwendig wird. *Vorschlag*: weitere schriftliche Vorarbeiten auf dem Korrespondenzwege zu unternehmen und ein Arbeitsprogramm aufzustellen.

[...]³³

Dr. Merton glaubt, dass die Rüstung und der Schuman-Plan eine Situation hervorrufen wird, wo etwas geschehen *müsse*.³⁴ Der Schuman-

// S. 5

Plan könne ja nur ein Anfang sein.

Prof. Wil[li]: Wir dürfen als schweizerische Vertreter die anderen Herren nicht im Unklaren lassen, dass die Schweiz zwar das reichste Land³⁵, aber zugleich der unfruchtbarste Boden für diese Bestrebungen ist. Kann das »paradise lost« der Goldwährung wiedergewonnen werden? Alles, was versucht wird mit Europäischer Währung bleibt nur ein Surrogat, eine allerdings notwendige Organisation der Armut. [...]³⁶

H. Fürstenberg: Meine Gedanken waren nur eine Art Einleitung zur Diskussion. Was uns beschäftigen muss, ist aber eine Evolution. Wir müssen die Zeitfrage bedenken und das Nacheinander der Etappen, ihre Reihenfolge.

Gold ist für mich ein Metall, das wie Zink oder Kupfer aus Minen gewonnen wird und deshalb auch den Schwankungen des Marktes unterworfen ist. Die Wahl eines absoluten Maßstabes ist aber immer die Fiktion eines Unveränderlichen. Der Schuman-Plan würde das Wegfallen der Zölle für Stahl und Kohle bringen und damit weitere Konsequenzen nach sich ziehen.

Die heutigen Realitäten: die westeuropäischen Länder sind in sehr verschiedenen Situationen³⁷, haben sich aber teilweise bereits aus der schlechten Situation herausgearbeitet. Ein Ueberblick: Frankreich = politische Schwierigkeiten; Schweiz = gut; Italien = im Wege der Besserung; Belgien = so gut wie die Schweiz; Schweden = Anschluss an den Sterling-Block; Portugal = sehr gesunde Position³⁸; Deutschland = sehr

33 Zustimmung von Prof. Veit zum Vorredner ausgelassen.

34 Diese Äußerung bezieht sich auf die Koreakrise von 1950/51, die einen Rüstungsboom in Europa, besonders auf dem in der EGKS organisierten Stahlsektor, damit aber auch höhere Stahlpreise und einen erhöhten Devisenbedarf der europäischen Abnehmerländer, nach sich zog, ferner die französische Initiative zur EVG.

35 Die Schweiz hatte während des Zweiten Weltkrieges wegen der Funktion des Schweizer Franken als neben dem portugiesischen Escudo einzige noch konvertierbare Währung in Europa große Goldkäufe getätigt und befand sich damit in einer sehr guten wirtschaftlichen Lage. Vgl. auch den Beitrag von Stefan Frech, Thomas Gees, Blaise Kropf und Martin Meier in diesem Band.

36 Ausführungen zur Devisenbewirtschaftung ausgelassen.

37 Das Ungleichgewicht war eine wesentliche Ursache der Krise von 1947, die zum Marshall-Plan und den weiteren Schritten der europäischen Integration führte, vgl. Milward, Reconstruction (wie Anm. 1), S. 462-477.

38 Zur Konvertibilität des Escudo während des Zweiten Weltkrieges, vgl. Anm. 35.

schlechte Situation (weil es keine Währungs-Reserven besitzt). Jedes Land hat das Bestreben, wieder zu dem zurückzukehren, was man früher gesunde Währungsverhältnisse nannte. Man muss wohl damit rechnen, dass der amerikanische Kongress es nicht versteht, wenn es ihm nicht verständlich gemacht wird:

*Das finanzielle Problem der Aufrüstung*³⁹ (mit Ausnahme der Schweiz, die ihre Rüstung selber bezahlen will). Bretton Woods ist eine Improvisation von 1944. Die Welt hat sich heute 1951 verändert, insbesondere das Verhältnis mit Russland. Bretton Woods ist kaum mehr länger haltbar.

Was Europa fehlt[,] ist Kredit.

Auch wenn man die Aufrüstung wegdenkt, kann man sich die europäische Wirtschaft gewisser Länder nicht vorstellen.

Graf Coudenhove-Kalergi dankt Herrn Fürstenberg. Er sei mit dem Vorschlag von Dr. Binder einer schriftlichen Weiterbearbeitung einverstanden.

Er schlägt M. Rist als Präsidenten und Herrn Abs als Vizepräsidenten der Kommission vor; Dr. von Arx übernehme das Sekretariat und er selbst behalte das Generalsekretariat. Einstimmig wird diese *Konstituierung* des Komitees beschlossen.

// S. 6

Er hatte den Eindruck, dass eine politische Einigung Europas immer noch in weiter Ferne liege. Er habe aber aus Besprechungen die Ueberzeugung gewonnen, dass in diesem Jahre noch die politischen Verhandlungen zur Bildung einer politischen Union in Europa beginnen werden.⁴⁰ Von USA wird ein starker Druck ausgeübt, Deutschland wieder zu bewaffnen: wenn nicht in einer Europäischen Föderation, so als Nationalarmee im Rahmen des Atlantik-Paktes.⁴¹ Deutschland verlangt Gleichberechtigung. Diese Gleichberechtigung kann aber nur gewährt werden im Rahmen einer Europäischen Föderation. Die politischen Verhandlungen sollen bereits im Oktober beginnen. Die Verhandlungen für die Armee werden gleichzeitig geführt werden. [...]⁴²

Dr. Schäfer: Das Kreditgefüge ist wieder herzustellen. Das Vertrauen der amerikanischen privaten Kreditgeber ist zu gewinnen durch die Wiedereinführung der Automatik der Goldwährung; dadurch Vertrauen in die Kreditfähigkeit der europäischen Staaten.

39 Wie Anm. 34.

40 Coudenhove-Kalergi spielt hier auf das Vorhaben einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) an, die die EVG ergänzen und damit den in der EGKS begonnenen Integrationsprozess vom wirtschaftlichen auf den politischen Bereich erweitern sollte. Hierzu kam es wegen des Scheiterns der EVG nicht. Vgl. Loth, Weg (wie Anm. 27), S. 97-105.

41 Vgl. Anm. 29.

42 Coudenhove-Kalergi berichtet in der ausgelassenen Passage über Einladungen an verschiedene Experten, sich an der nächsten Sitzung des Komitees am 16.10.1951 zu beteiligen und dem Komitee beizutreten, darunter Giscard d'Estaing (Paris); W. Randolph Burgess (National City Bank of New York), Lord Brand und Henry Tiarks (London), Jacob Wallenberg (Enskilda-Bank, Stockholm) und Dr. Josef Joham (Creditanstalt-Bankverein, Wien).

*Nachmittagssitzung*

14.30

*Herr Abs* präsidiert. Zur Debatte steht:

Themenwahl für die nächste Sitzung und Bezeichnung der Referenten und Korreferenten.

*Graf Coudenhove-Kalergi* bittet, sich auf zwei Sachen zu konzentrieren:

- 1) einen einfachen, konkreten Vorschlag für seine Besprechungen in Amerika.
- 2) einen Vorschlag für die europäischen Regierungen. Die weiteren Arbeiten könnte man bis zum Winter zurückstellen.

Er fragt[,] ob es möglich wäre, statt Gold gemäss Marshallplan einen Teil der USA-Goldreserven für die europäische Währungsfundierung zu bekommen.

[...]<sup>43</sup>

*Dokument 2: Vertrauliche Stellungnahme Dr. Helmut Meinholds, Bundeswirtschaftsministerium, betreffend die Begründung einer Währungsunion in Westeuropa bzw. unter den Marshallplanländern, 27. Juli 1951<sup>44</sup>*

Es ist kein Zweifel, dass jegliche Massnahmen, welche zu einer wirtschaftlichen Vereinigung Europas beitragen sollen, letztlich auf eine Währungsunion hinauslaufen, sofern sie endgültig von Erfolg sein sollen. Das Streben nach einer Währungsunion hat [...] das eine grosse Ziel, durch Schaffung eines grösseren freizügigeren Marktes die arbeitsteilige Erzeugung zu fördern und damit den Wohlstand aller zu heben. Der Schumanplan und der Plan einer europäischen Währungsunion liegen deshalb letztlich auf derselben Linie. Es liegt also der Gedanke nahe, die durch den Schumanplan vortragene Idee der europäischen wirtschaftlichen Vereinigung durch die Begründung einer Währungsunion in grösstem Masse weiterzutreiben.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob bereits der geeignete Zeitpunkt gekommen ist, diesen weitreichenden weiteren Schritt zu tun. Auf Grund der ökonomischen Problematik ist davon abzuraten, die wirtschaftliche Vereinigung Europas mit der Währungsvereinigung sozusagen zu beginnen. Sie muss vielmehr der Schlusstrich sein, während in den verschiedenen zu durchlaufenden Etappen mit Zwischenlösungen, wie der Europäischen Zahlungsunion, einer Investitionsbank<sup>45</sup>, unter Umständen Revision der Wechselkursrelation usw., gearbeitet werden sollte.

<sup>43</sup> Referatsthemen der nächsten Sitzung des Komitees ausgelassen.

<sup>44</sup> BA Koblenz, B 102/12.650, H. 2. – Diese Stellungnahme war zunächst an den Staatssekretär Walter Hallstein übersandt worden, wie aus einem späteren Anschreiben Meinholds vom 2.8.1951 an Ministerialrat Wegmann im Deutschen Bundesrat hervorgeht.

<sup>45</sup> Meinhold spielt hier möglicherweise auf den Vorschlag des französischen Finanzministers Maurice Petsche an, eine Europäische Investitionsbank zu errichten; Loth, Weg (wie Anm. 27), S. 88.

Der Grund dafür, die Währungsunion auf den Schluss der Vereinigung zu verweisen, liegt darin, dass sie ohne eine weitestgehende Vereinheitlichung der wirtschaftspolitischen Prinzipien nicht arbeitsfähig sein würde und dass das Experiment einer daher

// S. 2

nicht funktionierenden Währung zu unabsehbarem politischen und wirtschaftlichen Schaden führen müsste.

Jegliche Lösung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der im Lande verfolgten Gesamtwirtschaftspolitik. [...] Es ist völlig ausgeschlossen, dass innerhalb eines Währungsgebietes verschiedene Wirtschaftspolitik in dieser Richtung betrieben wird. Wenn ein Teil des Währungsgebietes z. B. an der Vollbeschäftigung mit Hilfe von Kreditschöpfung festhält, also eine vielleicht auch nur leichte Geldentwertung im Interesse der Beschäftigung herbeiführt [...], so führt das dazu, dass die anderen Gebietsteile entweder darin und zwar in gleichem Ausmasse folgen müssen oder dass sie das Vorgehen des einen Gebietsteiles mit unverschuldeter Inflation im anderen Gebietsteil bezahlen. Dagegen werden sich natürlich diese anderen Gebietsteile wehren, die Währungsunion wird sofort zerbrechen. [...] Es hiesse das Pferd am Schwanz aufzäumen, wollte man mit der Währungsunion vor Sicherstellung der entsprechenden gemeinsamen Wirtschaftspolitik beginnen. Die gegenwärtigen Verhältnisse in Westeuropa lassen aber eine schnelle Einigung gerade auf diesem Gebiete recht unwahrscheinlich erscheinen.

// S. 3

[...]<sup>46</sup>

Es kommt hinzu, dass die europäischen Staaten für sich allein nicht lebensfähig sind, insbesondere auf einen volumenmässig nicht unerheblichen Leistungsaustausch mit dem Dollar-Gebiet, den südamerikanischen Ländern und anderen Gebieten angewiesen sind. Die Schaffung einer europäischen Währungsunion

// S 4

birgt die Gefahr einer Abkapselung in sich. Schon die Europäische Zahlungsunion nimmt auf diese Tatsache Rücksicht, indem sie in den Zahlungsausgleich auch Gold, d. h. praktisch Dollarzahlungen einschliesst. Die Gesundung der europäischen Währung hängt jedoch davon ab, dass die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den ausser-europäischen Ländern, namentlich USA, verbessert wird. Die Herausbildung eines abgesonderten Kosten-, Preis- und Lohngefüges innerhalb des Raumes einer Europäischen Währungsunion muss daher vermieden werden. Das Hauptziel sollte deshalb nicht die Herstellung einer räumlich auf Europa begrenzten Konvertierbarkeit

<sup>46</sup> Ausführungen über die Devisenbeschränkungen der 30er Jahre und ihren Abbau nach dem Zweiten Weltkrieg ausgelassen.

der Währungen, sondern die Herstellung der Konvertierbarkeit der bislang gebundenen Währungen gegenüber dem Dollar sein.

Die beste Lösung würde es zweifellos sein, sämtliche den freien Leistungsaustausch behindernden Schranken, sei es auf dem Währungsgebiet, dem Importgebiet oder sonstigen Gebieten, in gleichem Rhythmus schrittweise abzubauen. Auf dem Währungsgebiet könnte dies durch Verbesserung des intereuropäischen Verrechnungssystems der Europäischen Zahlungsunion geschehen, wobei unter Berücksichtigung des Vorstehenden auf eine verstärkte Einbeziehung von Dollarzahlungen Wert zu legen wäre.

[...] <sup>47</sup>

<sup>47</sup> Ausführungen über das Verhältnis von Gläubiger- und Schuldnerländern in Europa ausgelassen.

## Frankreich und die europäische Integration Das Gewicht der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und Deutschland, 1920-1955

### 1. Einleitung

Die französische Geschichtsschreibung, die von den politischen Wissenschaften geformt wurde, stellt die europäische Integration als das Ende einer langen Entwicklung dar, deren Anfänge angeblich bis in die karolingische Ära zurückreichen. Dieser Prozeß, der von der Bewunderung für »die enorme Macht der Vereinigten Staaten und den Wohlstand der Amerikaner« inspiriert gewesen sei, soll zwischen den beiden Kriegen eine vorrangig europäische Angelegenheit gewesen sein. Er sei es nach 1945 geblieben, »da für die europäischen Länder die Idee eines vereinten Europa als das einzige Mittel erschienen sei, das einen Wiederaufbau und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen untereinander erlaubt habe.« Aber »Stalins Politik und die Bedrohung, die sie für Westeuropa bedeutete«, hätte dieses von der »Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns überzeugt, die um so deutlicher geworden sei, als die Vereinigten Staaten dieses Handeln zur Voraussetzung für ihre Hilfe gemacht hätten.« Entstanden um Frankreich und Deutschland, einst erklärte Feinde, sei diese Einigung, die durch den amerikanischen »Druck zur Konsolidierung Europas, zur deutsch-französischen Versöhnung gefördert« worden sei, »die zweifelsohne originellste und fruchtbarste Unternehmung« des zwanzigsten Jahrhunderts gewesen; die einzige, die dazu geeignet gewesen sei, Kriege zu vermeiden, wie sie schon zweimal gewütet hatten.<sup>1</sup>

Solche Europalyrik sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß alle an der westeuropäischen Integration der Nachkriegszeit beteiligten Kräfte, sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Länder Europas, robuste politische und wirtschaftliche Eigeninteressen verfolgt haben, die mit dem vielbeschworenen Europäismus oft nur sehr wenig, mit dem Kapitalismus der Zwischenkriegs- und Kriegszeit hingegen sehr viel zu tun hatten. Die europäische Wirtschaftsintegration nach 1945 muß »in die genauere Perspektive der europäischen Geschichte seit 1914« eingeordnet werden, so Alan S. Milward, um Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen zwei Kriegs- und Nachkriegszeiten angemessen beurteilen zu können.<sup>2</sup>

Den macht- und außenhandelspolitischen Interessen der USA auf dem Kontinent, verkörpert in der Wirtschafts- und Währungsordnung von Bretton Woods, die sie

<sup>1</sup> Pierre Gerbet, *La construction de l'Europe*, Paris 1983, S. 35, 56, 106, 465. – Originalbeitrag, Übersetzung aus dem Französischen von Pascale Couturier und Thomas Sandkühler. Wir danken der Westfälisch-Lippischen Universitätsgesellschaft, Bielefeld, für die großzügige Unterstützung der Übersetzung. Die Vf. dankt Herrn Sandkühler für angeregte Diskussionen der im folgenden vertretenen Thesen und für Hinweise auf die deutsche Forschungsliteratur.

<sup>2</sup> Alan S. Milward, *The reconstruction of Western Europe 1945-51*, London 1984, hier: S. 463.